

# Riesner Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschreibk. Tagesblatt Riesa,  
Fernruf Nr. 20.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen  
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des  
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postfachkonto: Dresden 154  
Grotzstraße Riesa Nr. 52.

Nr. 288.

Donnerabend, 12. Dezember 1925, abends.

78. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionssteigerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 32 mm breite, 8 mm hohe Grundschreibzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 32 mm breite Reklamazeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Feste Tarife. Demöglicher Rabatt erlischt, wenn der Betrag verläßt, durch Abgabe eingegangen werden muß oder der Auftraggeber in Kontour gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Nächtliche Unterhaltungsbeilage "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Ringer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittich, Riesa.

## Es wird verhandelt!

W.D. Trotzdem nach wie vor an kein Zustandekommen der Großen Koalition im Reich zu denken ist, haben sich die beteiligten Parteien auf Grund der neuerlichen Aussprache der Fraktionsführer beim Reichspräsidenten bereit erklärt, in Verhandlungen mit der Sozialdemokratie einzutreten. Die Situation hat dadurch eine neue Wendung erhalten, das das Zentrum und die Demokraten nunmehr auf die Sozialdemokratie einen starken Druck ausüben, indem sie darauf hinweisen, daß ein Scheitern der Großen Koalition im Reich die Aufrechterhaltung der gegenwärtigen preussischen Regierungs-Koalition unmöglich machen werde. Wenn die Sozialdemokratie durch ihren Widerstand die gegenwärtigen Möglichkeiten zur Verständigung mit der Deutschen Volkspartei zerstöre, so müsse man sie darauf aufmerksam machen, daß sie damit den anderen Parteien die weitere Mitarbeit in der preussischen Regierung außerordentlich erschwere. Dadurch haben sich einige sozialdemokratische Führer bereitfinden lassen, die Bemühungen zur Herstellung der Großen Koalition zu unterstützen. Auf Grund der Erklärung des vorkommenden Führers Dr. Koch hat der Reichspräsident die sozialdemokratische Fraktion ersucht, ihre Forderungen näher zu präzisieren. Daraufhin sind die sozialdemokratischen Fraktionsvorsitze nochmals zusammengetreten, um zur Lage Stellung zu nehmen. Eine Entscheidung ist bis jetzt noch nicht gefaßt und man muß damit rechnen, daß die Verhandlungen der parlamentarischen Führer mindestens noch zwei bis drei Tage andauern werden.

Die Schwierigkeiten drängen sich nicht allein nur die sachlichen Fragen, sondern auch das Problem der Zusammenfassung der neuen Reichsregierung wird schon jetzt von allen Seiten lebhaft erörtert. Dr. Vaußer hat bei den Parteien der Weimarer Koalition sehr wenig Freunde und es hat neuerdings den Anschein, daß die Linksparteien den Reichspräsidenten ermahnen wollen, eine andere Kandidatur als die des Dr. Vaußer in Aussicht zu nehmen. Insofern ist in den parlamentarischen Kreisen das Gerücht verbreitet, daß allgemein die Vertrauen des früheren Reichszanklers Dr. Marx gemindert werde, dessen Aufgabe es dann sein würde, zwischen den beteiligten Parteien zu vermitteln.

Die Fraktionsbesprechungen, die am Freitag abend stattgefunden haben, sollen angeblich zu einer gewissen Erleichterung der Situation geführt haben. Die Hoffnungslosigkeit, die man noch vor 24 Stunden innerhalb weiterer parlamentarischer Kreise hinsichtlich der Regierungskrise feststellen konnte, ist jetzt allerdings einer optimistischen Auffassung gewichen. Immerhin wird jedoch von sozialdemokratischer Seite erklärt, daß gegenwärtig keinerlei Grund zu einer günstigen Beurteilung der Situation vorliege, da die D.V.P. in keinerlei Hinsicht zu erkennen gegeben habe, inwieweit sie bereit sei, das sozialdemokratische Programm zu unterstützen. Das Zentrum und die Demokraten haben jedoch dem Reichspräsidenten eindeutig erklärt, daß sie die sozialdemokratischen Forderungen als geeignetste Grundlagen zu weiteren Verhandlungen ansehen. Dadurch hat die Deutsche Volkspartei ihrerseits davon Abstand genommen, schon jetzt die sozialdemokratischen Forderungen ablehnen zu wollen und man hat sich deshalb entschlossen, die Sozialdemokratie aufzufordern, ihr Programm deutlicher zu formulieren.

Die Entscheidung ist damit wieder einmal in die Hände der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gelegt worden. Die Sozialdemokratie hat es in der Hand, ihre Forderungen entweder abzumildern und damit auch die Verhandlungsgrundlage für die Deutsche Volkspartei zu schaffen, oder aber sie derart zu verschärfen, daß weitere Verhandlungen unmöglich gemacht werden. Es ist daher anzunehmen, daß vor Montag keine endgültige Klärung der Situation eintreten wird.

## Deutscher Reichstag.

W.D. Berlin, den 11. Dezember 1925.

Am Regierungstische: Ernährungsminister Graf Rantig. Präsident Voede eröffnet die Sitzung um 3 Uhr 20 Min. Vor Eintritt in die Tagesordnung legt Abg. Neubauer (Komm.) einen Gesetzentwurf vor, wonach alle Rechtsstreitigkeiten wegen der Abfindung der Fürstenthümer bis zur reichsgesetzlichen Regelung angefaßt werden sollen, und neue Verfahren nicht mehr eingeleitet werden sollen. Der Redner bittet, den Entwurf sofort dem Rechtsausschuß zu überweisen.

Abg. Schalk-Bromberg (Dn.) erhebt zunächst Einspruch dagegen, nicht den Widerspruch aber zurück, als Abg. Laß (Dp.) darauf hinweist, daß es sich heute ja nicht um eine Stellungnahme zu dem Gesetzentwurf handle.

Der Gesetzentwurf wird darauf dem Rechtsausschuß überwiesen.

Die dritte Lesung des Haushaltsplans wird dann beim Reichsministerium für

## Ernährung und Landwirtschaft

(ortgesetzt.)  
Abg. Münneberg (Dn.) hebt hervor, daß es auch in guten Zeiten schwer sei, einen Landwirt zu finden, der geneigt sei, zuzugeben, daß es ihm gut gehe. (Gelächter.) Daher werden auch berechtigte Klagen der Landwirtschaft oft mit Mißtrauen aufgenommen. Man sollte aber objektiv genug sein, anzugeben, daß die Lage der deutschen Landwirtschaft seit geraumer Zeit sich von Monat zu Monat gefährdender gestaltet hat. Es gebe der Landwirtschaft, wie den anderen Wirtschaftszweigen herzlich

schlecht. Die Demokraten erkennen die Notlage der Landwirtschaft durchaus an. Der Redner erhebt um Auskunft, in welchem Umfang öffentliche Mittel zur Stützung der Genossenschaften des Reichslandbundes verwandt, und wie weit solche Mittel beim Zusammenbruch der Genossenschaften verloren worden sind. Der Zusammenbruch sei mit Verlust verbunden worden, daß diese Genossenschaften große Geldmittel den Parteien der Rechten bei der Reichspräsidentenwahl und bei anderen Gelegenheiten zur Verfügung gestellt haben. (Hört! hört! links.) Die Preisabnauktion der Regierung habe sich bei den landwirtschaftlichen Produktionsmitteln kaum bemerkbar gemacht. Die Not der Landwirtschaft gliedere sich in 1. Preisnot, 2. Kreditnot und 3. Steuernot. Der Redner fordert wirksame Hilfe für die Pächter und erhebt Bedenken gegen die Getreidebewegungs-Vorlage. Es dürfe nicht vergessen werden, daß der Großgrundbesitz in der Elbe jederzeit eine offene Hand hatte für Organisationen, die gegen den heutigen Staat kämpften. Der Redner protestiert gegen die Doppelbesteuerung landwirtschaftlicher Betriebe, fordert Erleichterung der Düngerebeschaffung und Förderung des Züchtungswesens.

Abg. Kerichbaum (Drittl. Vereinig.) scheidet die Ursachen der Not der Landwirtschaft in der Revolution und Inflation. Viehzucht und Weinbau seien erschreckend zurückgegangen. Der Redner verlangt neuerliche Erleichterungen für die bäuerlichen Wirtschaftsbetriebe. Der Bauer könne heute seine Produkte nicht zu annehmbaren Preisen absetzen, während er seine Bedarfsartikel weit höher bezahlen müsse als früher. Die allgemeine Not der deutschen Wirtschaft könne nur behoben werden durch eine Verminderung der Einkünfte. Die deutsche Bauernschaft werde trotz aller Not unverdrossen weiter arbeiten zum Wohl des ganzen Volkes.

Die Weiterberatung wird gegen 5 Uhr auf Donnerstag 10 Uhr vertagt. Auf der Tagesordnung stehen außerdem die Anträge zur Erwerbslosenfürsorge und der deutsch-russische Handelsvertrag.

W.D. Berlin. Im Reichstag ist folgender Antrag von Graefe (Döfl.) eingebracht: Der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung zu ersuchen, dem Reichstag alsbald eine Denkschrift mit einer erschöpfenden namentlichen Uebersicht über die Pensionen der seit dem November 1918 verabschiedeten Reichsminister und Reichsstaatssekretäre vorzulegen. Aus der Uebersicht soll insbesondere die Höhe der Pensionen, die Berechnung und Art der zugrunde gelegten Dienstzeit, sowie Höhe und Art sonstiger dem Pensionberechtigten aus Reichs-, Staats- oder anderen öffentlichen Mitteln zufließender Bezüge genau ersichtlich sein.

Berlin. (Funkpruch.) Im Reichstag sind zum Haushalt des Reichswirtschaftsministeriums einige dementsprechende Entschlüsse eingebracht, wonach die Reichsregierung den von ihr als verträglich erklärten Entwurf eines Gesetzes über die Reichs-Handwerksordnung nunmehr umgehend der Öffentlichkeit zugänglich machen soll. Ferner soll dem Reichstag eine Uebersicht über die aus Mitteln des Reiches und der Länder dem Handwerk, Gewerbe und Einzelhandel zu Kreditzwecken zur Verfügung gestellten Summen vorliegen und angegeben, in welchem Umfang die Beträge über Banken, Girozentralen und Zentralgenossenschaftskassen geleistet wurden. Schließlich wurden Maßnahmen gefordert, wonach in Verbindung mit den Länderregierungen ausreichende Kredite läßt gemacht, der Zinsfuß für Leihkapital wesentlich herabgesetzt und notwendige Instandsetzungsarbeiten in Auftrag gegeben werden sollen.

## Steuerungszuschlag für die Beamten.

W.D. Berlin. In der gestrigen Abend Sitzung des Haushaltsausschusses des Reichstags sprach Staatssekretär Fischer vom Reichsfinanzministerium dem Ausschuss im Interesse einer schnell zu erzielenden Zuwendung für die Beamten und Angestellten folgende Regelung vor:

Es soll den Beamten, Parteigeld- und Ruhegehaltsempfängern, Angestellten und Beamtenhinterbliebenen der Gruppen 1 bis 4 eine einmalige Zuwendung in Höhe von einem Viertel eines Monatsbezuges, den Beamten und so weiter der Gruppen 5 bis 6 eine solche von einem Fünftel eines Monatsbezuges gegeben werden mit der Maßgabe, daß der Mindestbetrag für Ledige auf dreißig Mark festgesetzt wird, der sich für jeden Frauen- und Kinderzuschlag um je fünf Mark erhöht, und für die Witwen insgesamt zehn Mark beträgt. Die Kriegsbekämpften und Kriegshinterbliebenen sollen eine Zuwendung von einem Viertel eines Monatsbezuges erhalten.

Staatssekretär Fischer erklärte hierzu, daß dies gegenwärtig das Neueste sei, was bei dem Stande der Finanzen auszuführen sei. Man müsse auch die Rückwirkungen bedenken, die auf die Finanzen der Länder entstehen und man wolle doch vor allem schnelle Hilfe bringen. Da müsse man im Rahmen des möglichen bleiben.

Nach längerer Aussprache wurde festgestellt, daß sich die Mehrheit des Ausschusses nicht an den Standpunkt der Regierung halten könne. Es wurde ein Antrag des Abg. Erling (Zent.) angenommen, worin verlangt wird, daß der allgemeine Steuerungszuschlag für die Beamten der Gruppe 1 bis 4 von 12,5 Prozent auf 25 Prozent, für die Beamten der Gruppen 5 bis 6 von 12,5 Prozent auf 20 Prozent erhöht werden soll. Die Beträge können kapitalisiert und in einmaliger Summe ausbezahlt werden.

## Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung.

W.D. Berlin. Der Haushaltsausschuß des Reichstages ist am Freitag nachmittag zu dem Beschluß gekommen, daß mit sofortiger Wirkung die Unterhaltungsätze in der Erwerbslosenfürsorge für die Hauptunterstützungsempfänger um zwanzig Prozent erhöht werden sollen, und für unterstützungsberechtigte Familienangehörige um zehn Prozent. Die Höchstgrenzen für eine Familienunterstützung sollen ebenfalls um zehn Prozent erhöht werden. Dieser Beschluß tritt an die Stelle des seitlichen Beschlusses des Sozialpolitischen Ausschusses.

## Änderung des Mietrechtsgesetzes.

W.D. Berlin. Dem Reichstag ist nunmehr der Gesetzentwurf zugegangen, der verschiedene Änderungen des Mietrechtsgesetzes vorschlägt. In der Begründung heißt es u. a., daß die Vorschriften über gerichtliche Aufhebung von Mietverträgen in mehrfacher Hinsicht nicht mehr den gegenwärtigen Verhältnissen entsprechen. Die Vorschriften über Aufhebung eines Mietverhältnisses wegen Zahlungsverweigerung bieten bisher dem Mieter die Möglichkeit, möglichst lange den Mietzins vorzuenthalten oder unberechtigte Abzüge zu machen. Schließlich hat sich gezeigt, daß infolge der noch vorhandenen Knappheit an Räumen und wegen der großen Zahl der Raumfindenden die Frage der Beschaffung eines Ersatzraumes für den Vermieter in manchen Fällen eine Härte bedeutet. Aus der Freimachung historischer Räume zu öffentlichen Zwecken oder zwecks Unterbringung von Angehörigen der Verwaltung hat sich häufig nicht oder nur mit höchst unermesslicher Verzögerung durchführen lassen. Der Entwurf will diesen Schwierigkeiten namentlich dadurch begegnen, daß er für Räume, die nicht Wohnräume sind, besonders also für Geschäftsräume, die Möglichkeit der Aufhebung eines Mietverhältnisses nur in besonderen durch das öffentliche Interesse begründeten Fällen beibehält; für die Mehrzahl der Mietaufhebungsanträge soll diese Möglichkeit überhaupt ausgeschlossen werden. Für einen wesentlichen Teil der Untermietverhältnisse wird die freie Kündigung wieder eingeführt, aber die Bestimmung einer Kündigungsfrist bleibt bestehen.

## Unlösbare französische Finanzkrise.

Der Ministerrat von Chevroux besprechend.

Paris. Der Finanzminister erläuterte gestern vor der Finanzkommission seine Pläne. Er betonte die Abhängigkeit der Regierung, an einer schnellen Stabilisierung des Francs zu kommen. So schnell wie möglich müsse eine Schuldenregelung mit Amerika herbeigeführt werden. Was die Kriegsschulden an England anbelange, so würde eine Regelung erst nach dem Zustandekommen einer Einigung mit Amerika erzielt werden. Die Ausführungen Chevroux wurden von der Kommission nicht günstig aufgenommen. Die parlamentarische Stellung des Finanzministers ist nach wie vor äußerst schwierig. Der Widerstand gegen sein Programm hat sich verschärft, so daß er nicht einmal auf die Unterstützung seiner eigenen Partei rechnen kann. Die Ablehnung der Pläne Chevroux kommt auch in der großen Zahl von Gegenentwürfen zum Ausdruck. So haben die drei Kartellgruppen mit der Ausarbeitung eines gemeinsamen Entwurfs begonnen. Ein Teil der Presse verlangt den sofortigen Rücktritt Chevroux. Man hält es für wahrscheinlich, daß es nicht zu einer öffentlichen Kammerdebatte kommen wird, sondern daß Chevroux bereits bei der Abstimmung innerhalb der Finanzkommission in die Minderheit verweist wird und freiwillig zurücktritt. Die Finanzkommission wird heute wieder aufgemuntert.

## Die Behandlung der Abrüstungsfragen.

London. (Funkpruch.) Der Korrespondent des Reutersbüros in Genf teilt mit, daß alle Einzelheiten der Zusammenfassung der Abrüstungskommission sowie des Verfahrens, des Programms und des Umfangs der Untersuchung ausgearbeitet sind. Diese Einzelheiten müßten jetzt nur noch formell gebilligt werden, was zweifellos auf der heutigen Sitzung des Rates geschehen werde. Das nächste Stadium sei die Zusammenkunft der Kommission, die in Genf stattfinden werde. Die Ratsstaaten hätten sich alle bereit erklärt, an den Kommissionsberatungen mitzuwirken und jetzt würden die Einladungen an die übrigen Mächte einschließlich Deutschland, Rußland und die Vereinigten Staaten abgefaßt werden.

## Neue Unterdrückungsmaßnahmen in Südtirol.

Triest. Wie die „Zustbr. Nachr.“ aus Bogen melden, tragen dort seit einigen Tagen auch alle Aufschriften an den Kirchen an erster Stelle italienischen Wortlaut. Die deutschen Schulbücher sind verpflichtet, die italienischen Predigten zu befolgen. Die Schulbehörden haben für den ganzen Bogen Bezirk angeordnet, daß der Religionsunterricht für die deutschen Kinder in italienischer Sprache zu erteilen ist; die Nichtbeachtung dieser Vorschriften hat zur Folge, daß den Seelsorgern die Erlaubnis zur Erteilung des Religionsunterrichts entzogen wird.

## Die Seebungsarbeiten in Scapa Flow.

London. Der zweite der in Scapa Flow versenkten 1300 T. großen deutschen Zerstörer ist gestern gehoben worden. Im ganzen sind bis jetzt 20 deutsche Schiffe gehoben.